Krakauer Zeitung.

Nr. 8. Montag, den 12. Jänner 1863.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. **Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.**

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Nkr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Karl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 30/praes.

Zu Gunsten der durch Ueberschwemmung betroffenen Weichselanwohner des Tarnower Kreises, ist im Dezember v. J. vom Kolomyjaer k. k. Bezirksamte der Betrag von . . . fl. 40 kr. 95 eingeflossen.

Hiezu die früher ausgewiesenen . . 43793 14 gerechnet, ergibt sich daher die Gesammtsumme von . . . . 43834 9 österr. Währung, welche ihrer Bestimmung zugeführt wurde.

Krakau, am 5. Jänner 1863.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. Jänner d. J. den Ministerialrath im Staats-Ministerium, Wenzel Regner Ritter v. Bleyleben, über sein Ansuchen unter Bezeigung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner vieljährigen hingebenden und verdienstvollen dienstlichen Wirksamkeit in den bleibenden Ruhestand allergnädigst zu versetzen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 7. Jänner d. J. den Sectionsrath des Staatsministeriums, Adolph Chalupka, zum Ministerialrath in diesem Ministerium allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Finanzministerium hat den Rechnungsrevidenten des bestandenen Handelsministeriums, Ferdinand Ritter v. Hackher, zum Adjuncten der Direction der Staatsschuld ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 12. Jänner.

Die schweren Gewitterwolken, welche sich in den letzten Tagen verderbendrohend über Wien und Berlin gesammelt, haben sich bald verzogen und zerstreut und steht wieder „Schön Wetter" zu erwarten.

Die officiöse „Nordd. A. Z." meldet, daß in Folge der Ausführungen, welche Graf Thun auf seiner Durchreise nach Petersburg in Berlin gemacht hat, in vertraulicher Weise versöhnliche Mittheilungen nach Wien gesendet worden sind. Die Verständigung stehe zuversichtlich zu erwarten und dürfte nur noch die Frage der Form zu lösen sein.

Die „Kreuzzeitung" hört, daß sich in der Delegirtenversammlungsfrage am Bundestage ein Umschwung vorbereite. Einige Regierungen, die für das von Preußen zurückgewiesene Project stimmten, sollen zur Verständigung rathen. — Wie „La France" vernimmt, ist die Majorität dem Delegirtenprojecte gesichert, doch habe sich Oesterreich entschlossen, um Spaltungen am Bunde zu vermeiden, die Realisirung des Bundesreform-Projectes bis zu dem Zeitpuncte zu vertagen, wo Preußen die Opportunität desselben anerkennen wird.

Die Denkschrift, welche Elliot dem Präsidenten der provisorischen Regierung Griechenlands eingereicht, lautet: Es ist Ihrer Majestät ernster Wunsch, zur Wohlfahrt und zum Gedeihen Griechenlands beizutragen. Die Verträge von 1827 und 1832 legen Zeugniß von diesem Seitens der britischen Krone gehegten Wunsche ab. Die provisorische Regierung Griechenlands erklärte, als König Otto das Land verließ, ihre Aufgabe bestehe darin, für Griechenland die konstitutionelle Monarchie und die friedlichen Beziehungen zu allen andern Staaten aufrecht zu erhalten. Wenn die neue Versammlung der griechischen Volksvertreter sich dieser Erklärung getreu erweist, die konstitutionelle Monarchie beibehält, sich keine Angriffe auf Nachbarstaaten erlaubt und einen Herrscher wählt, gegen den sich kein wohlbegründeter Einwand erheben läßt, so wird Ihre Majestät darin eine Verheißung zukünftiger Freiheit und zukünftigen Glückes für Griechenland erblicken. In einem solchen Falle würde Ihre Majestät in der Absicht, die griechische Monarchie zu stärken, dem Senate und den Volksvertretern der jonischen Inseln den Wunsch Ihrer Majestät anzeigen, sie mit der Monarchie Griechenland vereinigt zu sehen und mit Griechenland einen einigen Staat zu bilden, und wenn dieser Wunsch auch von dem jonischen Parlamente ausgedrückt werden sollte, so würden Ihre Majestät Schritte thun, um die Zustimmung der Mächte zu erlangen, von welchen der Vertrag unterzeichnet wurde, kraft dessen die jonischen Inseln und die dazu gehörigen Inseln unter das Protektorat der britischen Krone gestellt wurden. In meinen Mittheilungen über diesen Gegenstand habe ich Sorge dafür zu tragen, es auszusprechen, daß die Wahl eines Fürsten, welcher das Symbol und der Vorläufer revolutionärer Ruhestörungen, oder Befolgung einer aggressiven Politik gegen die Türkei wäre, jedes Aufgeben des Protectorates Ihrer Majestät über die jonischen Inseln verhindern würde. Ihrer Majestät Regierung hofft, daß bei der Wahl eines Herrschers, der Griechenland regieren soll, die griechische Nationalversammlung sich für einen Fürsten entscheiden wird, der Achtung für religiöse und konstitutionelle Freiheit und eine aufrichtige Friedensliebe hegt. Ein Fürst, welcher diese Eigenschaften besitzt, wird befähigt sein das Glück Griechenlands zu fördern, und wird mit der Freundschaft und dem Vertrauen Ihrer Majestät der Königinn beehrt sein.

Die „Patrie" läßt sich aus London berichten, Baron v. Brunow habe in den letzten Tagen Decembers dem Grafen Russell die Antwort des Fürsten Gortschakoff auf die Notification von der Abtretung der jonischen Inseln, welche das englische Cabinet beabsichtigte, zur Mittheilung gebracht. Nach dieser Depesche des russischen Ministers würde das Petersburger Cabinet gegen keine Combination etwas einwenden, welche die Stärkung des christlichen Elements im Oriente bezwecken sollte. Es würde auch Großbritanien nicht das Recht streitig machen, sich des Protectorates über die Siebeninsel-Republik zu entledigen, müsse jedoch daran erinnern, daß die Niederlegung dieses gewissermaßen europäischen Mandates auch nur wieder mit Berücksichtigung Europa's geschehen könne. Die jonischen Inseln müßten demnach von dem Tage an, wo sie aufhören unter Englands Aufsicht zu stehen, das werden, was sie vor dieser Bevormundung gewesen, nämlich ganz selbstständig. England würde nach der Meinung des russischen Hofes nicht dem Geiste und dem Buchstaben der Convention vom 15. November 1851 gemäß zu Werke gehen, wenn es aus derselben für sich die Ermächtigung für die directe Abtretung der sieben Inseln an Griechenland besonders unter Bedingungen und Vorbehalten herleiten wollte.

Die Reise des Herrn v. Nigra nach Turin hat insofern einige Wichtigkeit, als sie durch seine Unterredungen mit dem Minister der äußern Angelegenheiten und mit dem Kaiser Napoleon selbst veranlaßt worden ist. Nachdem sich nämlich Hr. Drouin de Lhuys gegen den jungen Diplomaten wider die italienische Einheit ausgesprochen hatte, erachtete dieser für nothwendig, um eine Audienz beim Kaiser nachzusuchen, um dahinter zu kommen, ob der Minister nur seinen persönlichen Anschauungen oder den Ansichten der Regierung Worte geliehen. Da der Kaiser die Andeutungen des Ministers bestätigte, so sendete Hr. v. Nigra einen ausführlichen Bericht über die beiden Unterredungen nach Turin, und darauf hin wurde er zu einer Besprechung über diese wichtige Angelegenheit dorthin berufen.

Am 6. d. M. haben in Bern die Berathungen der Cantonsabgeordneten über den Handelsvertrag mit Frankreich unter dem Vorsitz des schweizerischen Gesandten in Paris, des Dr. Kern, begonnen.

Das Petersburger Cabinet hat, wie man der „Fr. P. Ztg." aus Paris schreibt, in einer Note, welche an den russischen Gesandten zu Konstantinopel gerichtet ist, der Regierung des Sultans den Vorwurf gemacht, daß sie den Tscherkessen Waffen gegen Rußland liefere.

Eine Correspondenz der „Morgenpost" aus Bukarest stellt die Situation in den Donaufürstenthümern sehr kritisch dar und meldet sogar die Absicht des Fürsten Kusa, sich die Dictatur übertragen zu lassen. Der Fürst sei in diesem Plane der Befürwortung Rußlands gewiß, welches letztere dort neuerdings überhaupt eine sehr bemerkenswerthe diplomatische Thätigkeit entfalte. Nach der „Gen.-C." hätte Fürst Cousa sich bereits in der Sache und zwar auf Anrathen des russischen Consuls an die garantirten Mächte gewendet.

Berichten aus London zufolge ist die Nachricht, daß zwischen England und Frankreich neuerliche Verhandlungen über eine Friedensvermittlung in Amerika im Zuge seien, ungegründet. Im Gegentheil heißt es, daß die Engländer im gegenwärtigen Momente durchaus nicht geneigt sind, auf eine Beendigung des amerikanischen Krieges hinzuwirken. Ihr Interesse verlangt vielmehr, daß derselbe wenigstens ein Jahr lang noch andauere, damit die Baumwollenpreise auf ihrer bisherigen Höhe erhalten und dadurch den neuen Pflanzungen in Ostindien der noch nothwendige Schutz gewährt werde.

Wie man erfährt, hat der amerikanische Gesandte zu London dem englischen Cabinet den Abschluß einer Convention zur Erleichterung der Auswanderung der Neger nach den britischen Colonien vorgeschlagen. Die englische Regierung ließ diese Eröffnungen ohne Antwort. Der Hauptgrund, welcher diesem fin de non recevoir zu Grunde liegt, dürfte sein, daß die englische Regierung sich schon früher überzeugte, daß die freien Afrikaner in Amerika einen höheren Taglohn erhalten, als in den britischen Colonien. Auf der anderen Seite aber sieht Graf Russell in dem Abschlusse einer derartigen Convention mit der Regierung von Washington, welche die conföderirten Staaten natürlich als einen feindlichen Schritt betrachten würden, die Quelle zahlreicher Verlegenheiten.

Die „Triester Ztg." sagt in Bezug auf eine Mittheilung, wonach ein so eben in besonderer Mission nach Mexiko entsendeter Ordonnanz-Offizier des Kaisers Napoleon, Marquis de Gallifet, kurze Zeit vor Antritt seiner gegenwärtigen Missionsreise sich mit besonderen Aufträgen seines Souverains auch in Wien und in Triest befunden haben soll, daß Niemand in Triest von der Anwesenheit eines kaiserl. französischen Ordonnanz-Offiziers etwas gehört habe. Insofern aber die besonderen Aufträge, die dieser Offizier angeblich in Triest zu vollziehen gehabt, etwa in eine Beziehung zu der mexikanischen Kandidatur gebracht werden sollten, von welcher vor einiger Zeit öffentliche Blätter so viel zu erzählen wußten, kann die „Tr. Z." dieselben als eine Erfindung bezeichnen.

Die bereits erwähnte neueste, den Handelsvertrag betreffende Depesche des königl. baierischen Staatsministers Freiherrn v. Schrenk an den königl. Gesandten Grafen Montgelas in Berlin lautet:

Hochgeborner Herr Graf!

Gleichzeitig mit ihrem Berichte vom 14. v. M. habe ich durch Herrn Grafen v. Perponcher Kenntniß einer Depesche des Herrn Minister-Präsidenten v. Bismarck vom 12. v. M. erhalten, welche eine Rückantwort auf meine Depesche vom 23. September d. J. bildet und von welcher ich eine Abschrift hier anfüge.

Nach Inhalt derselben wünscht die königl. preußische Regierung eine nähere Aeußerung über den in der erwähnten früheren diesseitigen Depesche enthaltenen Ausspruch, daß eine befriedigende Lösung der gegenwärtigen Krisis von baierischer Seite auf das Lebhafteste gewünscht werde und daß eine Verständigung auch wohl ohne besondere Schwierigkeiten herbeigeführt werden könne.

Schon in meinem Schreiben vom 23. September v. J. habe ich die Voraussehung anzudeuten gesucht, unter welchen die baierische Regierung die Erreichung einer Verständigung für möglich erachtet, und ich ergreife gerne den dargebotenen Anlaß, um, dem Wunsche des Herrn v. Bismarck entsprechend, die Ansichten der k. baierischen Regierung nochmals näher darzulegen.

Da die bevorstehende Generalconferenz als der geeignetste vertragsmäßige Weg zu einer gemeinsamen Erörterung mit der Hauptfrage in unmittelbarer Verbindung steht, so glaube ich auch die von der baierischen Regierung bei deren Einleitung ins Auge gefaßten Rücksichten näher erläutern zu sollen.

Das Bedenkliche der gegenwärtigen Krisis und die gemeinsame Gefahr, die sie für alle Mitglieder des Zollvereins in sich schließt, wird wohl von allen Seiten in gleicher Weise erkannt und berücksichtigt werden. Ebenso wird wohl auf keiner Seite in Abrede gestellt werden wollen, daß eine Beseitigung derselben weder durch eine Fortsetzung der bisherigen Discussion, noch auch durch bloße Zurückweisung der entgegenstehenden Ansichten und Anträge, sondern nur durch offene Rückkehr zu einem allseitig anzuerkennenden Standpuncte, auf welchem sich alle Theile mit gleichem Rechte und gleicher Freiheit zu bewegen vermögen, erreicht werden kann.

Dieser Standpunct ist nach diesseitiger Ansicht der des Rechtes, und eine gemeinsame Erörterung auf dieser Grundlage vermag allein die Hoffnung einer allmäligen Annäherung der differirenden Ansichten zu rechtfertigen. Die k. baierische Regierung hat schon in früheren Erklärungen diese ihre Ansicht angedeutet, und der weitere Verlauf der Sache hat sie in ihrer Auffassung nur zu bestärken vermocht.

Wenn die Vereinsregierungen bestrebt sein wollen, sich strenge an die Bestimmungen der Vereinsverträge zu halten, und sowohl in der Geltendmachung eigener, als in der Beurtheilung fremder Ansprüche sich nur auf die Grenzen des Rechtes zu beschränken, so wird die Beurtheilung fremder wie der eigenen Interessen und sonstigen Rücksichten bald eine persönchere werden, und es kann dieses nur zu einer Annäherung und Ausgleichung führen. Es wird dann auch für keinen Theil mehr ein Motiv bestehen, gemeinsame Erörterungen zurückzuweisen, vielmehr jedem Theile gleichmäßig daran liegen, durch gemeinschaftliche Verhandlungen den gesammten Stand der Frage aufzuklären und alle Nebenrücksichten aus derselben zu entfernen.

Gestützt auf diese Voraussetzung, habe ich in meiner Depesche vom 23. September v. J. die Rücksichtnahme auf den Februar-Vertrag mit Oesterreich und eine angemessene Aenderung des proponirten Vertrages mit Frankreich als diejenige Grundlage bezeichnet, auf welcher eine Verständigung erzielt werden könne.

Diese Andeutung scheint jedoch nicht in dem Sinne aufgefaßt worden zu sein, in welchem sie gemeint war, denn sonst würde schwerlich der unseres Erachtens der Sachlage nicht angemessene Ausspruch wiederholt worden sein, daß die k. preußische Regierung die Verweigerung der Zustimmung zu den Verträgen mit Frankreich als den Ausdruck des Willens der betreffenden Regierungen betrachte, den Zollverein mit Preußen über die Dauer der gegenwärtigen Vertragsperiode nicht fortzusetzen.

Dieser Ausspruch ist in der Depesche des Herrn v. Bismarck vom 12. November d. J. zunächst zwar nur gegen Württemberg und Großherzogthum Hessen wiederholt, er ist jedoch in der Wesenheit gleichmäßig gegen die k. baierische Regierung gerichtet, da diese den Handelsvertrag mit Frankreich in gleicher Weise beurtheilt und abgelehnt hat, wie die vorgenannten beiden Regierungen, und mit denselben hierin auch jetzt noch vollkommen übereinstimmt. Nicht minder ist dieser Ausspruch gegen alle diejenigen Regierungen gerichtet, welche dem besagten Handelsvertrage in seiner dermaligen Gestalt nicht unbedingt beistimmen zu können glauben, und er bildet seiner Form nach eine gegen die freie Entschließung dieser Regierungen gerichtete und den Prinzipien des Zollvereins widerstrebende Drohung. Deßhalb hielt die baierische Regierung sich für ebenso berechtigt wie verpflichtet, schon früher auszusprechen, daß sie eine solche Folgerung aus der ihrerseits erfolgten Ablehnung des französischen Vertrages nicht anzuerkennen vermöge, und ich glaube diese Verwahrung hier wiederholen zu sollen.

Wenn die k. preußische Regierung die Weigerung Baierns und der übrigen Regierungen, den fraglichen Verträgen beizustimmen, als das auffaßt, was sie wirklich ist, nämlich als die Geltendmachung eines unzweifelhaften, durch die Vereinsverträge garantirten Rechtes, so wird sie sich durch dieselbe weder verletzt, noch weniger aber zu dem Bestreben hingeleitet finden, der Ueberzeugung ihrer Mitverbündeten durch den obengedachten folgenschweren Ausspruch Zwang anthun zu wollen. Sie wird dann ebensowenig die Verweigernng dieser Zustimmung, oder die daraus hervorgehenden Consequenzen als ein Motiv betrachten können, sich einer eingehenden gemeinsamen Erörterung der Sachlage zu entziehen.

In dieser Voraussetzung hat die baierische Regierung geglaubt, daß es allen Vereinsregierungen nur erwünscht sein könne, die wichtige Frage über die zweckmäßige Entwicklung und Ausbildung des Handels- und Zollsystems des Vereins, welche der Art. 34 des Vertrages vom 4. April 1853 ausdrücklich der Thätigkeit der regelmäßigen Generalconferenz überweist, bei der bevorstehenden Conferenz in den Kreis der Berathung zu ziehen.

Aus diesem Grunde hat sie bei der Einladung zu dieser Conferenz die österreichischen Vorschläge als Berathungsgegenstand namentlich in Vorschlag gebracht, und sie wird diesen Antrag auch fernerhin aufrecht erhalten. Sie erachtet es hiebei als eine vertragsmäßige Pflicht aller Vereinsregierungen, sich einer gemeinsamen Erörterung solcher wichtigen Fragen, welche die Vereinsinteressen so wesentlich berühren, nicht zu entziehen und ist ihrerseits ebenso bereit, auf analoge Fragen, wie allenfalls auf Tarifsmodificationen, auf eine Erneuerung der Vereinsverträge, sowie eventuell auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Frankreich einzugehen. Sie erachtet dies nicht nur für unverfänglich, weil eine solche Erörterung, sowie der Anstausch der Ansichten hierüber unter den Vereinsregierungen noch keineswegs eine Zustimmung zu ferneren Verhandlungen oder deren möglichen Resultaten involvirt, sondern auch für nolhwendig, weil nur durch solche Erörterungen einseitigen Auffassungen und daraus entstehenden Mißverständnissen vorgebeugt werden kann. Dies sind im Wesentlichen die Erwägungen, welche die baierische Regierung sowohl bei der von Herrn v. Bismarck hervorgehobenen Andeutung in der Depesche vom 23. September d. J. — worüber eine nähere Erklärung gewünscht wird — als auch bei der Einberufung der 15. Generalconferenz und der Bezeichnung der österreichischen Vorschläge als wesentlichen Berathungsgegenstand geleitet haben, und die bisherigen Erklärungen einzelner Vereinsregierungen hierüber lassen erkennen, daß sie von analogen Ansichten geleitet werden.

Was insbesondere die k. württembergische und die großherzoglich hessische Regierung betrifft, deren Ueber-

einstimmung mit der k. baierischen Regierung theils durch die der Ablehnung des Vertrages vorausgegangene gemeinsame Berathung, theils durch die gleichartigen Motive und Form des gefaßten Beschlusses dargethan ist, so haben dieselben offen kundgegeben, daß sie in gleicher Weise und ebenso lebhaft den Wunsch einer Verständigung theilen, als wir, und zu Maßregeln, die zu einer solchen führen können, gerne bereit sind.

Auch die k. preußische Regierung könnte sich nach diesseitiger Ansicht, ohne ihrem Standpunkte etwas zu vergeben, einer solchen Auffassung anschließen, da sie denn doch schwerlich gemeint sein wird, jeden Vorschlag zu einer angemessenen Verständigung, sowie jede Erörterung der Sachlage für immer zurückzuweisen.

Ich ersuche daher Eu. Hochgeboren, diese Bemerkungen Sr. Excellenz Herrn v. Bismarck, seinem ausdrücklichen Wunsche entsprechend, abschriftlich mitzutheilen.

Empfangen Sie auch bei diesem Anlasse die erneuerte Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

München, den 31. Dezember 1862.

Der „Württemb. Staatsanzeiger" sagt, obgleich die württembergische Regierung von den materiellen und politischen Nachtheilen des Handelsvertrages mit Frankreich nach wie vor überzeugt sei, stimme sie doch mit der baierischen Regierung in dem Wunsche, mit Preußen zu einer Verständigung zu gelangen, überein.

Die „A. A. Ztg." dementirt aufs Neue die Nachricht von einer Note, welche der französische Minister Herr Drouin de Lhuys an die süddeutschen Cabinette gerichtet haben soll, um dieselben zur Annahme des von ihnen abgelehnten preußisch-französichen Handelsvertrages zu bestimmen. Bis jetzt sei bei den süddeutschen Cabinetten von französischer Seite kein Schritt irgend einer Art in Sachen des Handelsvertrages geschehen.

Der Pariser Correspondent der „Kreuzzeitung" schreibt bezüglich des Handelsvertrages, Preußen beantragte in Paris Modificationen im Sinne der baierischen und württembergischen Forderungen. Frankreich hat diesen Antrag nicht zurückgewiesen, die Unterhandlungen darüber schweben.

Landtage.

Die „Lemberger Ztg." schreibt: Die Eröffnung des Landtages, welche am Montag den 12. stattfindet, nachdem sowohl in der röm. kath. Kathedrale als in der gr. kath. Stadtpfarrkirche feierlicher Gottesdienst abgehalten sein wird, ist ein für Galizien zu wichtiger Moment, als daß sein Herannahen nicht in den Gemüthern aller Landesbewohner die lebhafteste Bewegung hervorrufen sollte. Sie wird theils in Hoffnungen, theils in Befürchtungen bestehen. Eine Analyse aller Arten dieser frohen und langen Erwartungen können und wollen wir hier nicht vornehmen. Wir wollen nur versuchen, durch den Ausdruck guter Zuversicht, und durch die Erinnerung an einige täglich mehr Geltung gewinnende Wahrheiten die Furcht zu beschwichtigen, als würde der Landtag bei seinem Ziele vorbei den Blick auf unfruchtbare Gebiete wenden, welche zu betreten weder Nutzen noch Erfolg schaffen kann. Wir können nicht glauben, daß es so manchem in jeder Art tüchtigen Manne, den wir in den Reihen der Abgeordneten erblicken, nicht gelingen sollte, einen mit Recht erworbenen Einfluß und Ansehen unter seinen Genossen nicht aufrecht zu erhalten und seinen Ansichten einen Anhang zu verschaffen, wo diese durch Richtigkeit und Klarheit für sich selbst sprechen. Man wird, so hoffen wir, sein Ohr solchen Vorschlägen verschließen, die die Negation überall zum Ausgangspunct nehmend, ohne vorerst nur des Zieles zu gedenken, von vornherein schon jeden Weg verwerfen, der offen und gebahnt daliegt, nur weil er eben gegeben ist. Was man auch anstrebe, es ist gewiß völlig zweckwidrig, jedes gebotene Mittel zu der Bestrebung zu verwerfen, sich ein Werkzeug erst schaffen zu wollen, wenn man eines bereits in der Hand hält. Wer von dem Boden Nutzen genießen will, der sein ist, der schmälert ihn sicher nur, wenn er, statt ihn zu bearbeiten, damit beginnt, neuen Boden dazu gewinnen zu wollen. Deshalb, meinen wir, wird der Landtag, dem das Land zugehört, nicht das Reich in die Hand nehmen wollen und nicht sein Feld brach liegen lassen, um ein anderes zu bearbeiten, dessen Cultur seinen Händen nicht anvertraut werden kann, wenngleich ihm seine indirecte Theilnahme au dessen Bestellung nicht entzogen ist. Es gibt der Interessen so viele und so wichtige, die jedem Bewohner Galiziens als Menschen und österreichischen Staatsbürger ohne jede Rücksicht auf Nationalität und Confession nahe liegen, daß man wohl mit Recht hoffen darf, es werde nicht der Hader über Sprache und Abstammung da Platz greifen, wo es um Reformen sich handelt, deren Wohlthaten Jedem unterschiedslos zu Gute kommen und nach welchen nicht in einem bestimmten Idiome die Wünsche erschallen sondern die das Land in der stummen Sprache des unbefriedigten Bedürfnisses begehrt. Sie wird dem Landtag sicherlich nicht unverständlich sein, sie wird er nicht überhören wollen, und in der Bemühung zu ihrer Befriedigung liegt das segenreichste und natürlichste Mittel zur Einigung auch der disparatesten Elemente. Ein Organ eines Körpers, ein Atom eines Organs führen ein um so kräftigeres Dasein und üben eine um so nachhaltigere Funktion aus, je weniger sie den Versuch machen, ein eigener Organismus sein zu wollen, wo sie, statt die Selbstständigkeit] zu erreichen, der Zersetzung anheim fallen. Die Periode leidenschaftlicher Erregung liegt hinter uns. Sie hat jeden Denkenden wichtige Erfahrungen machen lassen, jedem ernste Lehren eingeprägt, sie wird dieß in den Reihen unserer Abgeordneten wohl noch mehr gethan haben, als außer denselben.

Der „Botschafter" bespricht die auffallende Erscheinung, daß die kürzlich von der „G. C." geäußerten Wünsche und Hoffnungen auf baldige Einberufung der transleithaischen Landtage von einer Seite Widerspruch gefunden haben, die angeblich den ungarischen Regierungskreisen nahe steht. Auf diese Voraussetzung eingehend, findet es der „Botschafter" auffällig, daß die ungarische Hofkanzlei schon gegen eine bloße derartige Hoffnung zu Felde ziehe, welche doch nur auf die Verwirklichung eines von jedem Ungar gehegten Wunsches gerichtet sei. Der Grund dieser befremdlichen Erscheinung sei darin zu suchen, daß Graf Forgach während seiner bisherigen Thätigkeit vergebens bemüht gewesen sei, sich eine Stellung im Lande, einen Rückhalt in der Nation, eine achtungsgebietende Partei zu verschaffen, daß er heute so isolirt stehe, wie bei dem Antritte seines Amtes, ja daß selbst der deutsche oder richtiger österreichische Staatsminister mehr Anhang in Ungarn habe, als er der ungarische Staatsmann. Die Einberufung des Landtages würde diese Thatsache vor aller Augen offenbaren und seine ganze Stellung in Frage stellen. Ganz ähnlich äußert sich die „Oesterr. Ztg." in einer Polemik mit dem „Pesti Hirnök".

Im mährischen Landtage entspann sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob der alte Geschäftsordnungsausschuß zu reactiviren oder ein neuer zu wählen sei, wie überhaupt über das Princip, ob die durch den 1861ger Landtag eingesetzten Ausschüsse als bestehend anzusehen seien. Der Antrag Hopfens: Aus Opportunitätsrücksichten den alten Geschäftsordnungs-Ausschuß mit der Vorlage des Entwurfes einer Geschäftsordnung zu betrauen, ohne dem Princip wegen Fortdauer der Ermächtigung des Ausschusses vorzugreifen, wird angenommen.

In der Sitzung des oberösterreichischen Landtages wurden die Neuwahlen der Abgeordneten für Enns und Steyr giltig, jener für Kirchdorf und Wels ungiltig erklärt. Zur Berathung des Landespräliminars wurde ein Ausschuß von 7 Mitgliedern gewählt; ferner die Wahlen von Mitgliedern des Petitionsausschusses vorgenommen.

Der salzburgische Landtag wurde mit einer Ansprache des Herrn Landeschefs Baron von Spiegelfeld eröffnet, in welcher er auf die Bedeutung der von der Regierung eingebrachten Vorlagen hinwies, und hervorhob, daß die Versammlung, wenn sie auch zunächst das Wohl des engeren Vaterlandes Salzburg vor Augen haben müsse, doch nicht außer Acht lassen dürfe, daß das Herzogthum Salzburg nur einen Theil des Gesammtvaterlandes des großen Kaiserstaates bilde, und daß daher in vielen Beziehungen und namentlich überall, wo die Reichsverfassung es erfordert, seine Interessen jenen des großen Kaiserstaates untergeordnet bleiben müssen. Wenn die Versammlung von diesem Grundsatze ausgehen werde, werde sie am Besten den Intentionen des Monarchen entsprechen der dem Lande so großmüthig seine freisinnige Verfassung verliehen hat.

Aus Innsbruck, 10. Jänner: In der heutigen Landtagssitzung wurden die angefochtenen Wahlen der Abgeordneten, für Borgo, Strigno, Levico, Depretis und Prato, auf Antrag Manhetti's vom Landtage ausnahmsweise genehmigt.

Unter den Aufgaben für den Landtag in Tirol, die seiner harren, sind vor Allen: ein den Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes anpassendes Gemeindegesetz, die Reorganisirung der Landesvertheidigung in Verbindung mit dem volksthümlichen Institute des Schießstandswesens; die Einführung des Grundbuches oder eine anderweitige Reform der tirolischen Hypothekar-Einrichtungen zur Beseitigung des bisherigen dem Privatcredite so nachtheiligen Zustandes; die Revision und Umgestaltung des mangelhaften und veralteten tirolischen Steuerkatasters; die Reform und Umgestaltung der Statuten der vaterländischen Brand-Versicherungs-Anstalt jedoch mit Beibehaltung der bisherigen Grundlage, nämlich der wechselseitigen Versicherung; die Regulirung des arg heruntergekommenen Forstwesens insbesondere mit Rücksicht auf kräftigen Schutz der Wälder; die Vervollständigung der Landes-Universität durch Errichtung einer medizinischen Fakultät. Die von Italienisch-Tirol angestrebte Trennung von Deutschtirol durch Einführung eines eigenen Landesstatutes und abgesonderten Landtages für ersteres und die Frage der Glaubenseinheit beziehungsweise der Beschränkung der Ansäßigmachung der Akatholiken geben in den Kreisen der Deputirten ebenfalls Stoff zu den lebhaftesten Discussionen. Fast durchgehends große und für die ganze Zukunft folgewichtige Fragen! — Die Landtags-Abgeordneten von Deutschtirol sind mit Ausnahme von 7, die später eintreffen werden, vollständig, von den auf Welschtirol entfallenden 21 Abgeordneten aber sind bis jetzt nur 6 erschienen.

Die zweite Sitzung des steiermärkischen Landtages beschäftigte sich blos mit der Erledigung von Formalien.

Ein Streiflicht auf die Haltung des Klagenfurter Landtages dürfte der Umstand werfen, daß ein Antrag des Professor Einspieler den Gemeinden die Protocolle in deutscher und slovenischer Sprache zuzusenden, ohne namenswerthe Unterstützung blieb. Die erste Sitzung wurde nebst dem telegraphisch bereits Bekannten vorzüglich mit Wahlprüfungen ausgefüllt. Eine ziemlich regellose Debatte über die Art der Veröffentlichung der stenographischen Berichte und Vorlagen eines Gemeindegesetzes nebst Wahlordnung, dann zweier Gesetze über Kirchen- und Schulpatronat machten den Schluß.

Die Sitzung des Troppauer Landtags vom 9. d. war, den Rechenschaftsbericht des Landesausschusses abgerechnet, ganz ohne Interesse.

Ueber weitere Landtagsverhandlungen liegen folgende tel. Depeschen vor.

Prag, 10. Jänner. Es verlautet, Fürst Carl Schwarzenberg habe sein Mandat für den Landtag aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt.

Troppau, 10. Jänner. [Landtagssitzung.] Der Landes-Chef überreicht drei Regierungs-Vorlagen, u. z. über den Entwurf einer Gemeinde-Ordnung und Gemeindewahlordnung, den Entwurf eines Gesetzes über die Gutsgebiete und den Entwurf eines Gesezzes über die Bezirksvertretung. Diese Gegenstände wurden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. Eine Petition der Dombrauer Berg- und Hüttenarbeiter um Schutz gegen die in großer Anzahl aufgenommenen ausländischen Arbeiter wird auf Antrag des Landesausschusses dem Petitions-Comité, das zugleich gewählt wird, übergeben. Ueber den nächsten Gegenstand der Tagesordnuug, die in den Kassen befindlichen zwei Stücke Schuldbriefe des Kaisers Ferdinand I. über 20.000 fl. und des Kaisers Carl VI. über 12.000 fl. als werthlos zu betrachten, da sich nicht erweisen läßt, ob nicht die Rückstellung der Schuldbriefe aus Versehen unterblieb und die Schuld selbst durch Steuer-Abrechnung getilgt wurde, wird beschlossen, nach dem Antrage des Ausschusses keine weiteren Schritte in dieser Sache mehr zu thun und die Schuldbriefe als werthlos zu betrachten. Nächste Sitzung Dinstag.

Linz, 10. Jänner. In der heutigen Landtagssitzung theilt Hofrath Schwabenau mit, daß die Neuwahl für die gestern ungiltig erklärten Wahlen für Wels und Kirchdorf am 17. d. M. stattfinde. Bei der Debatte, ob die Pfarrgemeinde als Ortsgemeinde zu bestimmen sei, nimmt der Bischof von Linz das Wort und bemerkt: Die Umpfarrungen bieten Schwierigkeiten, man müsse der Größe der Kirche, der Dotation des Pfarrers Rechnung tragen und auch das historische Recht berücksichtigen; mit der Verachtung des historischen Rechtes sei jedes Recht verachtet; mit Verachtung des Rechtes stürzen die Säulen der menschlichen Gesellschaft. Die Kirche sei des Volkes aber auch dieses der Kirche wegen da. Für die Geschäftsordnung wurde ein Comité gewählt. Dr. Kremer bringt einen Antrag ein wegen Besitzfähigkeit der Israeliten in Oberösterreich.

Laibach, 10. Jänner. Landtagssitzung. In den Ausschuß für das Gemeindegesetz wurden gewählt: Baron Apfaltern, Koren, Sagorz, Ambrosch, Graf Anton Auersperg, Dr. Toman, Bleiweis, Gollob und Suppan. Als Vorlage der Regierung wurde der Entwurf eines Straßen-Concurrenzgesetzes eingebracht.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Jänner. In Begleitung Sr. Majestät des Kaisers sind heute früh zur Hofjagd nach Göding abgereist: Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Albrecht, Wilhelm, Carl Ferdinand, Rainer, Leopold, Sigismund, der königlich ungarische Hofkanzler Graf Forgach, die Herren Generale Graf Thun, Graf Paar, Graf Salaba u. a. m. Abends 6 Uhr werden Se. Majestät der Kaiser und d.ssen Begleitung wieder in Wien eintreffen.

Heute Nachmittag 2 Uhr findet bei Sr. k. Hoh. dem Herrn Erzherzog Rainer eine Ministerconferenz statt.

Se. k. Hoheit Herr Erzherzog Ludwig Joseph hat dem Wiener Wohlthätigkeitsvereine für Hausarme den Betrag von 400 fl. für den Monat Jänner zur Vertheilung übergeben lassen.

Se. k. Hoheit der Herr Erzherzog Albrecht haben dem schlesischen Landes-Präsidium den Betrag von 2000 fl. zur Milderung der in den Baumwollweberei-Districten Schlesiens gegenwärtig herrschenden Nothlage gnädigst zukommen lassen.

Der Herr Staatsminister Ritter v. Schmerling wird nächste Woche zum Landtage nach Prag reisen und drei bis vier Tage daselbst verweilen.

Der Herr Finanzminister v. Plener ist heute von seiner Reise zum Landtage nach Prag zurückgekehrt. Der Herr Minister v. Lasser wird morgen früh von Salzburg hier eintreffen.

Der frühere Tavernikus Herr v. Majlath hatte heute eine Conferenz mit dem k. ungarischen Hofkanzler, Herrn Grafen v. Forgach.

Dem Reichsraths-Abgeordneten Herrn Dr. v. Waser wurde von seinen Wählern eine Vertrauens-Adresse überreicht.

Nach der „G. C." hat die im Finanzministerium zur Ausarbeitung des Staatsbudgets für 1864 tagende Commission einstimmig den Beschluß gefaßt, die Vorlegung des Beginnes des Verwaltungsjahres vom Monat November auf den Monat Jänner in Antrag zu bringen, so daß in Hinkunft das Verwaltungsjahr mit dem Solarjahr zusammenfallen würde. Auf Grund dieses Beschlusses der Budget-Commission soll nun auch schon die Einleitung dahin getroffen worden sein, daß dem Reichsrath in seiner nächsten Session nebst dem Budget für das Verwaltungsjahr 1864 nach der bisherigen Rechnung noch ein Nachtragsbudget für die beiden Monate November und Dezember 1864 vorgelegt werden könne, um so vom Jahre 1865 das Zusammenfallen des Verwaltungsjahres mit dem Solarjahre factisch ins Leben treten zu lassen.

Einer Mittheilung des „Pester Lloyd" zufolge hat das k. siebenbürgische Gubernium in Klausenburg das bei demselben eingebrachte Gesuch wegen Abhaltung des rumänischen Congresses bereits in Verhandlung genommen und darüber Beschluß gefaßt. Der Beschluß geht dahin, es sei der rumänische Congreß zu gestatten und das Gesuch mit diesem Gutachten und Antrage der k. siebenbürgischen Hofkanzlei vorzulegen. Dieser wird die endgiltige Entscheidung zustehen.

Deutschland.

Die „Kreuzzeitung" bringt den Schluß ihres Programm-Artikels. Dieser sagt: Ohne Einigkeit Preußens und Oesterreichs ist 1863 kein rechtes Jubeljahr. Die Einigkeit Preußens mit Oesterreich ist selbst schon die Einheit Deutschlands. Ohne dieselbe wird Preußen, wird Oesterreich ausscheiden aus der Zahl der Großmächte, was seit 1859 sich schon anbahnt, und endlich werde Deutschland,vielleicht auch Oesterreich und Preußen verschwinden von der Landkarte.

Die „Bank- und Handelszeitung" meldet: In Börsenkreisen wird versichert, die Verhandlungen mit v. d. Heydt wegen der Wiederübernahme des Finanzministeriums seien keineswegs völlig abgebrochen; es sei vielmehr in den letzen Tagen ein neuer Versuch gemacht worden.

Frankreich.

Paris, 7. Jänner. Nachdem das Gerücht, die Session des gesetzgebenden Körpers werde ohne Thronrede eröffnet werden, bereits von der „France" als unbegründet zurückgewiesen worden, heißt es heute ganz bestimmt, der Kaiser werde nicht nur, wie gewöhnlich, in Person bei der Eröffnung erscheinen, sondern auch eine längere und inhaltsschwerere Rede halten als sonst. — Wie man heute mit ziemlicher Gewißheit vernimmt, geht Prinz Napoleon gegen Ende des Monats auf Reisen. Man will nicht, daß er thätigen Antheil an den Adreß-Debatten nehme, und er seinerseits will nicht als stummer Senator den Sitzungen beiwohnen. Seine Yacht „Jerome Napoleon" hat bereits Befehl erhalten, am 15. Januar von Havre nach Marseille abzufahren, wo der Prinz sich nach Egypten einschiffen wird. Gestern war bereits Capitän Dubnisson, Commandant des „Jerome Napoleon," hier in Paris, um die Befehle des Prinzen für die bevorstehende Fahrt entgegen zu nehmen. — Der persönliche Freund und Rathgeber des Königs Radama I., H rr Lambert, ist gestern hier eingetroffen und wird heute mit dem Linienschiffs-Capitän Dupré, welcher den Handelsvertrag mit Madagaskar hat feststellen helfen, Audienz beim Kaiser haben. Es heißt, der König Radama wolle von der Vertrags-Clausel, daß in keinem Hafen von Madagascar Einfuhrzölle erhoben werden sollen, wieder zurücktreten, weil er sich übereilt und übersehen habe, daß er sich damit ja seiner besten Einnahmen beraubt sehen würde. — Der „Moniteur" bringt heute einen aus New-York, 20. Dec., datirten ausführlichen Bericht über die Schlacht von Fredericksburg und begleitet denselben mit einer Special-Karte des Schlachtfeldes. — Contreadmiral d'Herbinghem ist in Toulon eingetroffen. Er befehligt die 2. Division des Mittelmeer-Geschwaders und zieht seine Flagge an Bord der „Algesiras" auf. — Man hat schlimme Nachrichten aus Constantinopel. Das Mißtrauen in die Situation nimmt immer zu. Die Kaimes sind wieder um 6 pCt. gefallen. — In Griechenland soll, seit der Zurückziehung der Candidatur des Prinzen Alfred, die französische Partei wieder an Boden gewinnen. — Der Sohn Fouchés, zweiter Herzog von Otranto, ist hier im 70. Lebensjahre gestorben. Mit ihm erlischt der Herzogtitel Otranto. Fouché der Vater, dem Napoleon I. den Titel verlieh, starb bereits im J. 1820.

Der gestern vom „Moniteur" veröffentlichte lange Artikel des Vera-Cruzano schildert die Zustände Mexico's in den düstersten Farben und erklärt, die Anwendung des S ffrage universel sei durchaus verwerflich, da die Majorität des Volkes aus Schurken und Willenlosen bestehe. Will also Forey die Nation befragen, welche Regierungsform, resp. welchen Präsidenten sie verlange, so darf er nicht die Masse abstimmen lassen sondern „nur die wohlhabenden, gebildeten Classen, die an der Aufrechthaltung der Ordnung ein Interesse haben."

Wie man der „Gen.-C." aus Paris schreibt, wurde am 8. d. der Präfect der unteren Seine nach Paris berufen. Der Kaiser wollte sich mit ihm über eine Reise in das so schwer heimgesuchte Departement berathen. Man weiß übrigens noch nicht, wann die Reise angetreten wird. Die Lage der brotlosen Arbeiter beschäftigt überhaupt das Gouvernement im höchsten Grade.

Großbritannien.

Die Hochzeit des Prinzen von Wales ist auf den 20 März festgesetzt.

Der Unfall, der neulich die Prinzessin Ludwig von Hessen (Princeß Alice) betraf, hat keine nachtheiligen Folgen nach sich gezogen.

Der „Globe" bestätigt, daß das Parlament wahrscheinlich am 5. Februar zusammentritt.

Nach der „Army and Navy Gazette" sind die Bedingungen für die englischen Matrosen, welche unter Capitän Sherard Osborne in den Dienst der chinesischen Regierung treten wollen, außerordentlich verlockend. Der Ersatz für erhaltene Wunden ist eben so hoch wie der von der englischen Regierung gegebene; aber etwas ganz Neues ist, daß die Wittwen, Mütter und Kinder der Gefallenen eine Pension erhalten sollen. Die Prisengelder gleichen den englischen, werden aber erst nach erhaltenem Abschied und nach der Ankunft in England ausgezahlt. Kranke Matrosen erhalten dreimonatlichen Sold und freie Fahrt nach England. Die Wittwe, die Kinder oder die Mutter eines Gefallenen erhält 500 L.; für den Verlust von zwei Gliedmaßen werden ebenfalls 500 L., für den Verlust von einem Arm oder Bein 300 L. gezahlt; für andere Beschädigungen im Verhältniß. Unter den Disciplinarstrafen tritt an die Stelle der

„körperlichen Züchtigung" einfach „die Entlassung aus dem Dienst." Nur die Kleidung hat der Matrose sich selbst zu besorgen.

Königreich der Niederlande.

Nach Berichten aus Singapore vom 8. December bereiteten die Holländer eine Expedition vor, welche behufs Besetzung der Häfen der Ostküste Sumatras von Siack nordwärts gehen sollte.

Die Geschichte der Niederlande enthält viele Berichte von Ueberschwemmungen welche nicht die Wirkung von Stürmen oder Strömungen, sondern wahrscheinlich des Sinkens des Landes waren. Das bekannte Vorhandenseyn von Torf in einer beträchtlichen Tiefe unter dem Meere, auf der Höhe der belgischen Küste, bestätigt die Vermuthung daß die Fläche trockenen Landes dareinst weit beträchtlicher war als sie jetzt ist. Die Senkungsbewegung scheint von Süden nach Norden gegangen zu sein; denn Holland ist diesen Mißgeschicken weit mehr ausgesetzt gewesen als Belgien. Die Straßen von Calais sind fünf Fuß, die von Gravelingen und Dünkirchen drei Fuß, die von Ostende nur einen Fuß über der Hochwassermarke, während von die Amsterdam und Rotterdam sehr beträchtlich unter derselben sind. Die ganze vlämische Küste hat im Laufe von Jahrhunderten einen Theil ihres Seegestades verloren, schwankend in einer Breite zwischen einer und zwei Lieues.

Derartige Veränderungen der Oberflächenhöhe der Niederlande, die ihren Ursprung ohne Zweifel in häufigen Oscillationen dieses Theils der Erdkruste hatten, scheinen ein periodisches Ereigniß gewesen zu sein. Im Jahr 1110 bedeckte ein furchtbarer Einbruch des Meers einen großen Theil des vlämischen Gebiets, zerstörte eine Menge Dörfer, und verwandelte einen reichen und cultivirten Landstrich in eine Sandwüste. Die Bevölkerung fand, Van Bruyssel zufolge, eine Zuflucht in England, und siedelte sich in Northumberland an den Ufern des Tweed an; später zog sie nach Pembrokeshire, und ließ sich in der Nachbarschaft von Haferfordwest nieder. Es ist merkwürdig — und dürfte den unterirdischen Ursprung dieser Bewegungen beweisen — daß in dem Jahr in welchem diese großen Bodenstörungen vorkamen, englische Chronisten uns melden: die Flüsse Trent, Medway und Themse seien in hohem Grade davon berührt worden, und ihre Betten seyen beinahe trocken gewesen. Die Landstrecke welche in Holland beständig von dem Ocean überschwemmt wurde ist ungeheuer groß. Die Zuyder-See fließt über einem versunkenen Landstrich der ehedem eine volkreiche und gut angebaute Ebene war. Das Meer würde schon längst Holland und einen Theil von Belgien bedeckt haben ohne jenes umfassende Eindämmungs- und Schleußensystem durch welches der ausdauernde Scharfsinn des Menschen „der Tiefe Thor und Riegel gesteckt hat." Während des Vorherrschens nordwestlicher Winde steigt die Fluth in Katwyk, an der Mündung des Rheins, 12 Fuß; in Leck, bei Vianen, steigt sie 27 Fuß über die Bodenhöhe von Amsterdam. Holland ist daher beständig von Ueberschwemmungen bedroht, und eine unaufhörliche Wachsamkeit ist nothwendig zur Abwendung der schrecklichsten Katastrophe. Eine solche drohte dem Land im Jahr 1825, als das Meer seine Wogen über Over-Yssel, Friesland, Nordbrabant und Geldernland ergoß, und ein furchtbares Gefühl der Unsicherheit in den Gemüthern der Bewohner so wie den Eindruck hervorbrachte daß Holland eines Tags plötzlich vom Angesicht der Erde verschwinden könnte. Trotz all seiner Vorsichtsmaßregeln gegen die See kann Holland kaum als sicher betrachtet werden. Die Senkung großer Theile seines Gebiets sowohl in vergleichsweise neuen Zeiten wie in älteren geologischen Epochen ist eine ausgemachte Thatsache, und wenn, wie man behauptet, immer noch eine in Thätigkeit befindliche langsame Senkungsbewegung wahrgenommen wird, so dürfte das Versinken des Landes in einer gegebenen Zeit als unvermeidlich vorausgesagt werden können.

Belgien ist diesen Heimsuchungen weniger ausgesetzt gewesen als Holland, allein es hat von dem Einbruch des Meeres dennoch schwer gelitten. Ein unfruchtbarer und sandiger Charakter ist auf diese Weise vielen umfangreichen Landstrichen mitgetheilt worden. Gewaltsame geologische Ortsveränderungen haben sich in fernen Zeiten ereignet. Die Schichten in welchen einige Kohlenablagerungen gefunden werden, zeigen Eigenthümlichkeiten die man anderwärts selten sieht. Statt horizontal oder geneigt zu sein, sind sie vertical; allein da sich in Belgien keine Spur von vulcanischer Thätigkeit auffinden läßt, so muß dieses außerordentliche Aufwerfen der Lager durch eine plötzliche Senkung der Erdkruste verursacht worden sein und zwar lange Zeit nachdem jene umfangreichen Massen organisirter Stoffe, aus der die Steinkohle überall zusammengesetzt ist, in Seen und Buchten sich abgelagert hatten.

Dänemark.

Der Hamburger „Czas"-Correspondent erfährt aus wohlunterrichteter Quelle, daß in Kopenhagen die Antwort auf die Noten des Lord Russell vom 20. November im geheimen Rath beim König in Fredensborg in den Grundsätzen zwar beschlossen aber noch nicht redigirt wurde. Es werden vielleicht noch einige Tage vergehen, bevor die Note die königliche Sanction erhalten haben und nach London geschickt werden wird. Die Note ist wie die erste ablehnend.

Italien.

Turiner Briefe melden: Die Regierung hat Nunziante, welcher eine so klägliche Rolle in Neapel gespielt hat, ein actives Commando übertragen. Diese Maßnahme wird im Königreich Neapel und in der italienischen Armee einen abscheulichen Eindruck machen.

Die Turiner „Opinione" veröffentlicht einen Artikel, welcher es als eine Pflicht des Ministeriums bezeichnet, schon jetzt ohne Aufschub eine Anleihe zu verlangen, obschon der Stand der Finanzen es gestatten würde, damit noch bis zum Ende des Jahres zu warten. Man glaubt, daß dieser Artikel die Ansichten des Ministeriums ausdrückt.

Die offizielle Z. vom 10. resumirt die Nachrichten mehrerer französischer Blätter über die Reform der römischen Regierung, und constatirt, daß die öffentliche Meinung auf einen radicalen Weg dringe. Indem es hervorhebt, daß die Wirksamkeit aller Reformen unmöglich sei, schließt es mit dem Satze: Vertrauend auf die Gerechtigkeit Gottes und die Klugheit der Leute in Rom, werden die Italiener glückliche Erfolge erringen.

„Diritto" veröffentlicht die Adresse des neuen Comite's der römischen Actionspartei an Garibaldi, welchem die Präsidentschaft angetragen wird, und die Antwort Garibaldi's, welcher letztere annimmt. Garibaldi spielt auf das alte Comité an, und fordert die Römer auf, nicht mehr auf dessen Rathschläge zu hören, sondern blos auf sich selbst zu vertrauen.

Man schreibt der „G. C." aus Alessandria vom 3. d. M.: „Der Plan, die aufgelöste ungarische Legion hier zu reorganisiren, ist so gut wie aufgegeben worden. Ungeachtet, daß Kossuth und Klapka ziemlich bedeutende Geldmittel von der Regierung erhielten, um damit die Legion von neuem zu formiren, so sind doch alle Versuche, ungarische Soldaten anzuwerben, fruchtlos geblieben. Die Turiner Regierung hat daher beschlossen, zu ferneren Experimenten keine Geldmittel mehr anzuweisen, was dem „Central-Comité" der ungarischen Emigration bereits mitgetheilt worden. Die Officiere der Legion, welche sich hier befinden, sind daher nicht wenig um ihre fernere Existenz besorgt, da bisher auch ihr Sold von jener Subvention der Regierung bestritten worden."

Ueber eine Affaire, bei welcher 15 sog. Briganten von den Piemontesen lebendig verbrannt wurden, gibt der Korrespondent der „Patria" aus Potenza einige Details. Es war eine 18 Mann starke Bande, welche von den Truppen und von der Nationalgarde verfolgt, sich am 22. Dezember in einen Pachthof bei Venosa hineinwarf. Um sich den Angriff zu ersparen, ließ der kommandirende Offizier den Hof in Brand stecken. Drei von den Briganten die es versuchten zu fliehen, würden getödtet, die übrigen kamen in den Flammen um.

Die „Patrie" signalisirt eine große Agitation in der Lombardei und Toscana, als das Resultat Mazzinistischer Umtriebe. Leider ist es wahr, daß in der Lombardie Mazzinistische Agenten Brescia, Bergamo, Cremona, Lodi und selbst Mailand durchziehen. Die Polizei überwacht sie und hat bereits mehr als 50 Personen verhaftet. In Florenz suchten drei Mazzinische Agenten die Bevölkerung in Aufruhr zu setzen, aber ihre Versuche mißlangen.

Rußland.

Der „N. Pr. Ztg." wird aus Warschau, 5. Jänner geschrieben: Wie verlautet, soll die Reise des Großfürsten-Statthalters nebst Familie nach St. Petersburg noch vor der sogenannten Butterwoche (bekanntlich die Woche vor Eintritt der Fastenzeit) angetreten werden, weil, wie man hört, die Vermählung der Großfürstin Maria Maximilianowa (Leuchtenberg) mit dem Prinzen Wilhelm von Baden zu jener Zeit stattfinden wird. In der ersten Fastenwoche nimmt dann gewöhnlich die kaiserliche Familie in Gemeinschaft das heilige Abendmahl. Prinz Wilhelm v. Baden wird, beiläufig bemerkt, höchst wahrscheinlich an der Seite des Großfürsten Nikolaus einen höheren Posten im Kaukasus erhalten. Ob übrigens die Reise des Großfürsten-Statthalters nach St. Petersburg überhaupt unternommen werden wird, wird von den hiesigen politischen Verhältnissen abhängen, da die jetzt hier vorherrschende Stimmung zu sehr gegen den Grafen Wielopolski ist, als daß der Großfürst Konstantin ihm die Civilverwaltung des Königreichs auf längere Zeit allein überlassen dürfte.

Nach der „G. C." sollte der Großfürst in Begleitung des Marquis Wielopolski zur Feier des russischen Neujahrs am 10. d. nach St. Petersburg abreisen. Nach demselben Blatt werden im großfürstlichen Palais zu Warschau alle Vorbereitungen zu einer großartigen und bleibenden Einrichtung getroffen. Das Gerücht von einer Reise des Marquis Wielopolski nach Paris ist demnoch ungegründet gewesen.

Die Warschauer Blätter bringen ein kaiserliches Rescript, kraft dessen die zeitlichen Mitglieder des Staatsrathes, die für 1862 ernannt waren, auch für das Jahr 1863 bestätigt sind, unter anderen: der Administrator der Kielc-Krakauer Diöcese Se. Hochw. Mathias Majerczak.

Nach dem „Czas" hat der Großfürst Konstantin zu jeder Corporation, die ihre Neujahrswünsche brachte, einzeln gesprochen, jedoch nicht polnisch, wie früher berichtet, sondern französisch. Zum Rector der Hauptschule sprach er von der Jugend, die er wegen fleissigen Studirens lobte, gegen den Stadtrath äußerte er sich sehr ungünstig über die polnischen Handwerker und begrüßte freundlich den Erzbischof Feliński und den Marschall des Gouvernements v. Grodno Victor Starzyński.

Griechenland.

In Griechenland nehmen die Räubereien zu Wasser und zu Lande einen so großartigen, furchtbaren Character an, daß man mit vollem Rechte behaupten kann, daß in einem großen Theil der Provinzen bereits die Anarchie herrscht.

Amerika.

Nach einer Correspondenz aus Newyork vom 23. Dec. in der „Times" ist Herr Seward den „fanatischen Abolitionisten" zu gemäßigt geworden, und die Angriffe an ihn erinnern an die Angriffe des Berges auf die Girondisten im französischen Convent. Der Präsident Lincoln soll zur Senatsdeputation gesagt haben: „Was das Land braucht ist ein Sieg im Felde, und ich sehe nicht ein, wie ein Cabinetswechsel ihn herbeiführen könnte. Wenn ich ein Cabinet von Engeln hätte, so könnte es der Regierung keinen Sieg verschaffen."

Ueber die durch den Admiral Jurien de la Gravière am 22. November bewerkstelligte Einnahme von Tampico bringt der „Moniteur" noch einige Einzelheiten. Das 81. Linien-Regiment war in den großen Booten glücklich über die schwierige Sandbank des Flusses gekommen und so gelandet, worauf die mexicanische Garnison die Stadt verließ, doch zog der Gouverneur Pavon noch mit einigen Anhängern auf dem Lande umher. Das Kanonenboot „La Lance", welches auch die Sandbank glücklich überwunden, ging den Panucofluß hinauf bis zu der 28 Wegstunden im Innern liegenden Stadt Panuco. Bei einer Krümmung des Stromes stieß es auf einen feindlichen Haufen, den es mit einigen Haubitzschüssen auseinanderjagte. Die in Tampico wohnhaften Franzosen haben sich bei dieser Expedition recht nützlich gemacht. Am 1. December war der Admiral wieder in Veracruz; vor Tampico hatte er die zum Transport der Maulthiere aus der Provinz Tamaulipas erforderlichen Schiffe zurückgelassen. Der „Moniteur" legt dieser Einnahme von Tampico nicht nur einen militärischen, sondern auch einen politischen und commerziellen Werth bei, da der Präsident Juarez dadurch die sehr beträchtlich gewordenen Zolleinnahmen aus diesem Hafenplatz und zugleich eine für die Wiederverproviantirung seiner Armee sehr nothwendige Festung verloren hat. Die Einnahme von Alvorado ist auch ohne Schwertstreich erfolgt; ein Kanonenboot genügt, diesen Hafen nebst der Stadt Zlacotalpom zu behaupten, welche ebenfalls ein wichtiger Proviantirungsplatz für Juarez sind.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 12. Jänner.

* Die über die Befreiung vom Militärdienst entscheidende gemischte Commission beginnt am 16. d. früh 9 Uhr im Magistratsgebäude ihre Amtsthätigkeit.

* Zwischen Bierzanów und Podleż werden jetzt, wie die „Lemberger Zeitung" meldet, zwei aus dem Klein'schen Etablissement in Zöptau hervorgegangene Eisenbrücken-Constructionen nach dem Schiffkorn'schen Systeme aufgestellt. Sie sollen am 15. Jänner dem öffentlichen Verkehre übergeben werden. Die Spannweite der Einen beträgt 4, der Anderen 9 Klafter. Diese bereits probirten Brücken haben ein Gewicht von 16.000 und 42.000 Ctr. Diese Gewichtsbestimmungen entsprechen einer Probelast von 220 Ctr. pr. Klafter Länge und einer Deflexion von 1/500 der Spannweite. Nach der Aufstellung wird die Probe mit obiger Belastung vor dem Abgeordneten des h. Handelsministeriums wiederholt.

* Aus Anlaß eines Artikels der „Gaz. nar." von einer Dampfschiffahrt auf dem Dniester erklärt die „Gaz. Lwowska", daß Gr. Andreas Zamoyski gar nicht Präsidirender des Dampfschifffahrtsvereins, nicht einmal Mitglied des Vereins ist. Der Vorsitzende des Vereins ist Fürst Leon Sapieha als Präses des Comités, der aus den H. H. Wladimir Gr. Russocki, Wladimir Gr. Baworowski, Mysłowski und D. Horovitz zusammengesetzt ist.

Meteorologische Beobachtungen in Lemberg vom 9. Jänner. Zeit der Beobachtung: 7 U. M., 2 U N., 10 U. A. — Barometer auf 0° R. red. Pariser Maß: 327,02''' 327.10''' 327.14''' — Thermometer nach R.: ÷ 0.6 + 1.7 + 1.6 — Feuchtigkeit: 90.5 89.6 89.8 — Wind: Süd schwach, Süd schwach, S. dto. — Witterung: trüb. dto., dto. — Regenmenge: —.'''

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Das Prager k. k. Münzamt soll aufgelöst, resp. mit dem Wiener k. k. Münzamte vereinigt werden.

Breslau, 8. Jänner. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 kr. öst. W. außer Agio:

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	79 — 82	77	71 — 74
Gelber „	76 — 78	74	69 — 72
Roggen	53 — 54	52	50 — 51
Gerste	39 — 40	38	35 — 36
Hafer	25 — 26	24	22 — 23
Erbsen	50 — 53	48	44 — 46
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	241 —	226 —	209
Sommerraps	—	—	—

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89½ Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. östr. W. außer Agio).

Rother Kleesamen:		Weißer Kleesaamen:	
bester	14½ — 15½	bester	18— — 19—
guter	13½ — 14½	guter	15— — 17½
mittlerer	11— — 12—	mittlerer	10½ — 13—
schlechter	8½ — 9½	schlechter	7½ — 9—

Niepolomice, 8. Jänner. Marktpreise in östrr. W.: Ein Metzen Weizen 4.15 — Roggen 2.45 — Gerste 2.— — Hafer 1.02 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 8.20 — weiches 6.20 — Ein Zentner Heu —.80 — Stroh —.60.

Przeworsk, 7. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren in östr. Währ.: Ein Metzen Weizen 3.90 — Korn 2.10 — Gerste 1.86 — Hafer —.98 — Erbsen 1.88 — Bohnen —.— — Hirse - .— — Buchweizen 1.88 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 6.— — weiches 4.30 — Ein Zentner Heu 1.— — Ein Zentner Stroh —.—.

Alt-Sandez, 8. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. östr. Währung: Ein Metzen Weizen 3.80— — Roggen 2.80 — Gerste 2.- - — Erbsen 3.— — Bohnen 3.50 Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel .80 — — 1 Klafter hartes Holz 6.10 — weiches 1.40 — Futterklee —.— — Der Zentner Heu 1.— — Ein Zentner Stroh —.80.

Wieliczka, 9. Jänner. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. östr. W.): Ein Metzen Weizen 4.15½ Roggen 2.80 — Gerste 1.87½ — Hafer 1.10 — Erbsen —. — Bohnen —.— — Hirse —.— — Buchweizen —.— — Kukurutz .— — Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Futterklee —.— — Ein Zentner Stroh —.45.

Olmüz, 10. Jänner. Getreidepreise: Der nied.-österreichische Metzen Weizen 4.37 — Korn 3.16 — Gerste 2.22 — Hafer 2.73 — Erbsen 3.— — Linsen 3.33 — Wicken —.— — Hanfsaamen —.— — Leinsaamen —.— — Mohn 9.33 — Heu ein Zentner 1.48 — Stroh ein Schock 4.80

Berlin, 10. Jan. Freiw. Anl. 101⅞.— 5perz. Met. 66½.— 1854er-Lose fehlt. — Nat. Anl. 72. — Staatsbahn 136½. — Credit-Act. 99¾. — Credit-Lose fehlt. — Böhm. Westbahn 73½. — Wien 87½.

Frankfurt, 10 Jan. 5perz Met. 64⅜. — Wien 102⅜. — Bankactien 840. — 1854er-Lose 78. — Nat. Anl. 70. — Staatsbahn 239. — Credit-Act. 231½. — 1860er-Lose 81⅜. — Anlehen v. J. 1859 79¾

Hamburg, 10. Jan. Credit-Actien 98. — Nat. Anl. 70¾. — Wien fehlt. Fest.

Paris, 10. Januar. Schlußcourse: 3perz. Rente 70.45. — 4½ perz. 98.40 — Staatsbahn 521. — Credit-Mobilier 1145. — Lomb. 605. — Piemontesische Rente 70.45. — Consols mit 93¼ gemeldet. — Haltung matt, unbelebt.

Amsterdam, 10. Januar. Dort verzinsl. fehlt. — 5perz. Met. 61¹¹/₁₆ — 2½perz. 31⁷/₁₆ — Nat Anl. 66¹¹/₁₆. — Wien fehlt

London, 10. Januar. Consols (Schluß) 93⅛. — Silber 61⅛. — Wien fehlt. — Lomb. 3¾.

London, 9. Januar. Consols (Schluß) 93¼. — Silber 61½. — Wien fehlt. — Lomb. 3¹⁵/₁₆. — Wochenausweis der englischen Bank: Notenumlauf: 20,228.410 Pf. St. Metallvorrath: 14,635.555 Pf. St.

Lemberg, 9. Jänner. Holländer Dukaten 5.38 Geld, 5.46½ Waare. Kaiserl. Dukaten 5.42 G., 5.50½ W. Russischer halber Imperial 9.28½ G., 9.46 W. Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.78½ G, 1.82 W. Preußischer Courant-Thaler 1.70½ G., 1.73 W. Polnischer Courant pr. 5 fl. —.— G., —.— W. Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 78.18 G., 78.95 W. Galizische Pfandbriefe in Conv.-Mze. ohne C. 82.18 G. 82.98 W. Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.63 G 74.67 W. National-Anlehen ohne Coup. 81.25 G. 82.95 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 218.75 G. 221.25 W.

Krakauer Cours am 10. Jänner. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 107 verlangt, fl. p. 105½ gezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 395 verl., 383 bez. — Preuß. Courant für 150 fl. östr. W. Thaler 88⅔ verl. 87⅔ bez. — Neues Silber für 100 fl. öst. Whr. 113 verl., 112 bez. — Russische Imperials fl. 9.43 verl., fl. 9.29 bez. — Napoleond'ors 9.18 verl., 9.04 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.41 verl., 5.33 bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.47 verl., 5.39 bez. — Polnische Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100⅔ verl., 100 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in östr. Währ. 78⅚ verl., 77⅚ bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in CMze fl. 82⅚ verl. 81⅚ b. — Grundentlastungs-Obligationen in östr. Währ. fl. 75½ verl. 74½ bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. öster. Währ. 81¾ ver., 81— b. — Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. öster. Währ. 220 verl., 218 bezahlt.

Lotto-Ziehungen.

Gezogene Nummern: Am 10. Jänner.

Brünn	17	38	81	24	52
Linz	80	33	72	31	77
Ofen	42	69	5	38	55
Triest	25	77	10	41	65

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. Jänner. Dem Landtage werden die Budgets pro 1863, 1864 und die Rechnung für 1862 vorgelegt werden; außerdem noch namentlich die Gesetzentwürfe wegen der Diäten, der Reise- und Stellvertretungskosten der Abgeordneten, so wie wegen der Umgestaltung der Bergbauhilfskassen.

Wiesbaden, 10. Jänner. Auf eine Petition des Gemeinderathes um Beitritt zum Handelsvertrage erwiderte die Regierung, sie müsse die Petition unberücksichtigt zurückschicken, weil sie nicht zur Competenz des Gemeinderathes gehöre.

München, 10. Jänner. Ihre Majestät die Königin von Neapel hat das Kloster in Augsburg heute verlassen und ist diesen Abend hier eingetroffen. Die Königin wird vorerst hier verbleiben.

Dresden, 10. Jänner. das heutige „Dresdner Journal" enthält ein Ministerialreskript, welches das Verbot der „Berliner Volkszeitung" für das Königreich Sachsen aufhebt.

Kassel, 10. Jänner. Die „Kasseler Ztg." zeigt die Entlassung des Staatsraths von Dehn-Rothfelser als Vorstand der Ministerien der Finanzen und des Aeußern an.

Paris, 10. Jänner. Der heutige „Moniteur" meldet: Das Journal „Courrier de Dimanche" erhielt die dritte Verwarnung wegen eines Artikels von Prévost-Paradol, welcher die Anwendung des allgemeinen Stimmrechtes diskreditirt.

Paris, 10. Jänner. Das Journal „Nation" bestätigt, daß das italienische Parlament vor Ende Jänner eröffnet werden wird.

„Le Nord" meldet, die Reise des Prinzen Napoleon sei definitiv noch nicht festgesetzt.

In Folge des bedenklichen Gesundheitszustandes des Königs von Belgien verläßt der Herzog von Brabant Egypten am 15. Februar.

Smyrna, 2. Jänner. Auf die Nachricht, daß bei Chio Piraten erschienen seien, sandte der französische Generalkonsul die Dampfcorvette „Mouette" in den Archipel, welche wieder zurückkehrte, ohne eine Spur derselben gefunden zu haben. Auch ist eine hiesige türkische Stationsbrigg zu gleichem Zwecke abgegangen.

Ueberlandpost. (Mittelst des Lloyddampfers „Trapezunt" am 9. Jänner in Triest eingetroffen.) Dieselbe enthält Nachrichten aus Calcutta vom 8., Singapore vom 8. Dez. Die Holländer bereiten eine Expedition vor, welche von Siak nordwärts gehen und die Häfen an der Ostküste von Sumatra besetzen sollen. Hongkong, 1. Dez. In Peking Alles ruhig. Bei Paskong, 12 Meilen von Tsingpu, hat ein Kampf zwischen Oberst Burgewim, dem Nachfolger Wards, und den Taipings stattgefunden, wobei letztere unterlagen. Der Tatarengeneral Toh ist zur Belagerung von Nanking aufgebrochen. Der Abzug der Daimios von Yeddo dauert fort. Die Japanesen kauften drei Dampfer, einen davon der Taikun, welcher die Reise von seinem Aufenthaltsorte nach Miako zur See zu machen beabsichtigt. Die Dekrete der Regierung werden nicht mehr im Namen des Taikun, sondern des Kaisers ausgestellt.

Nangasaki, 15. November. Hier liegen sechs russische Kriegsschiffe. Gerüchtweise heißt es, sie werden nähstens nach Shanghai abgehen, um den Kaiserlichen gegen die Rebellen beizustehen. Der Kommandant derselben verlangte vom hiesigen Gouverneur einen Bauplatz für Magazine und Spitäler und setzte sich auf eine abschlägige Antwort gewaltsam in Besitz. Ein holländisches Schiff ist in den letzten Tagen mit 20 Japanesen, welche studiren wollen, nach Holland abgegangen.

Telegraphische Wiener Börsen-Kurse

vom 10. Jänner.

Durchschnitts-Cours in österr. Währung.

Effecten. 5 pCt. Metalliques 75.35 — 5 pCt. National-Anlehen 81.85 — Bankactien 821 — Creditactien 226.40

Wechsel: Silber 113. — London 114.60 — K. k. Münz-Dukaten 5.47.

Die heutigen telegraphischen Wiener Börsen-Kurse waren uns bei Schluß des Blattes noch nicht zugekommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 11. Jänner 1863.

Angekommen sind: Im Hotel Poller: Herr Mathias Górski, Gutsbesitzer, aus Krzeszów. Herr Felix Łgocki, Gutsbesitzer, aus Wadowice. Herr Theophil Chwalibóg, k. k. Notar, aus Biała. Herr Leopold v. Koschembobr, Gutsbesitzer, aus Preußen.

Im Hotel de Varsovie: Herr Stanislaus Jagielski, Gutsbesitzer, aus Wojnicz.

Im Hotel zum weißen Adler: Herr Wladislaus Jarocki, Gutsbesitzer, aus Podgrodzie.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Vincenz Gładys nach Praźniów. Hilarius Zdzieński nach Tarnów. Bronislaus Ryx und Adolph Humnicki nach Polen. Stanislaus Zagórski, Alexander Dydyński und Alexander Jadowski nach Galizien. Ferner Hr. Johann Bandrowski, k. k. Landesgerichts-Adjunct, nach Neusandec und Frau Bogumila Czewińska, Gutsbesitzerin, nach Lemberg.

Amtsblatt.

N. 40318. **Kundmachung.** (32. 1)

Von der k. k. ostgalizischen Finanz-Landes-Direction wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge des hohen Finanzministerial-Erlasses vom 16. März 1862, Z. 15546/476

A. die tarifmäßige Einhebung der Verzehrungssteuer sammt dem mit Allerh. Entschließung vom 12. Mai 1859 angeordneten 20% außerordentlichen Zuschlage zu der Verzehrungssteuer, und von dem der Stadt Lemberg bewilligten Gemeindezuschlage für alle über die Steuerlinie von Lemberg zum Verbrauche daselbst eingeführten, der Verzehrungssteuer unterliegenden Gegenstände einschließig der erst bei der Schlachtung einzuhebenden Verzehrungssteuer-Gebühren und Zuschläge von dem im 10. Tarifsatze aufgeführten Schlachtviehe und von den bei den Mühlen zu versteuernden Brodfrüchten.

B. Die Einhebung des Gemeindezuschlages und des städtischen Erzeugungsentgeldes für die über die Steuerlinie der Stadt Lemberg eingeführten gebrannten geistigen Flüssigkeiten dann Bier und Meth.

C. Die Einhebung der Differenzialsteuer per $2^5/_{10}$ kr. sammt 20% Zuschlag per Eimer und Grad des Gemeindezuschlages und des städtischen Erzeugungs-Entgeldes von den gebrannten geistigen Flüssigkeiten, welche etwa im Laufe der Pachtdauer innerhalb der Steuerlinie Lemberg's sollten erzeugt werden, wobei bemerkt wird, daß gegenwärtig keine Erzeugung hievon stattfindet.

D. Rücksichtlich des innerhalb der Lemberger Steuerlinie erzeugten Bieres die Einhebung des für die geschlossenen Städte bestehenden fixen ärarischen Zuschlages sammt dem außerordentlichen 20% Zuschlage zu demselben dann des städtischen Erzeugungs-Entgeltes und Gemeindezuschlages.

E. Das im Propinationsrechte der Stadt Lemberg begründete Recht, die Lizenztaxe sowie das Erzeugungs-Entgeld von jedem Methgebräue in dem städtischen Methbräuhause Nr. $96^3/_4$ für die Zeit vom 1. März 1863 bis letzten October 1866 im Wege der öffentlichen Versteigerung vereint verpachtet werden wird, wobei jedoch bemerkt wird, daß das städtische Erzeugungsentgeld von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, dann von Bier und Meth sowie das Kesselgeld sammt Erzeugungsentgeld für den im städtischen Methbräuhause erzeugten Meth im ausgemittelten Fiscalpreise 150,600 fl. nur in dem Falle beim Pachtobjecte bleiben, wenn die Stadtgemeinde Lemberg innerhalb 8 Tagen nach Eröffnung des Ergebnisses der Concurrenzverhandlung bei der k. k. Finanz-Landesdirection zu Lemberg erklärt, daß sie mit der Verpachtung einverstanden sei.

Im Falle einer verneinenden Erklärung bilden die ebenerwähnten städtischen Gebühren keinen Gegenstand der Verpachtung.

1. Die Versteigerung wird am 26. Jänner 1863 um 9 Uhr Vormittags bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction zu Lemberg abgehalten, und es werden bei derselben mündliche und schriftliche Anbote, welch' letztere mit einer vorschriftsmäßigen Stempelmarke versehen sein müssen — angenommen werden.

2. Der Ausrufspreis als einjähriger Pachtschilling für die vereinte Verpachtung der Verzehrungssteuer sammt den Zuschlägen und dem städtischen Erzeugungsentgelde beträgt . . . . 552,200 fl.

Sage: Fünfhundert fünfzig zweitausend zweihundert Gulden öst. W.

Hievon entfallen:

A. An Aerarialsteuergebühren.

a) An Verzehrungssteuer sammt 20%tigen außerordentlichen Zuschlage für die Einfuhr steuerpflichtiger Gegenstände nach Lemberg sammt Schlachtvieh und Brodfrüchten . . . . 238,600 fl.

b) an Aerarialzuschlägen zur Verzehrungssteuer von dem in Lemberg erzeugten Biere . . . . 27,000 fl.

c) an Steuer für den nach Lemberg eingeführten Rhum, Arak, Rosoglio, Punschessenz, Liquere und andere versüßten geistigen Flüssigkeiten und an Differenzialsteuer von dem nach Lemberg eingeführten oder in Lemberg erzeugten Branntwein und Branntweingeist . . . . 40,000 fl.

Zusammen 305,600 fl.

B. An Gemeindezuschlägen.

a) Für die Einfuhr steuerpflichtiger Gegenstände nach Lemberg sammt Schlachtvieh und Brodfrüchten, so wie auch von gebrannten geistigen Flüssigkeiten dann von Bier und Meth u. z.:
a) an Gemeindezuschlag . . . 85,000 fl.
b) an Erzeugungsentgeld . . . 108,700 fl.
193,700 fl.

b) Für das in Lemberg erzeugte Bier
a) an Gemeindezuschlag . . . . 11,000 fl.
b) an Erzeugungsentgeld . . . 21,300 fl.
32,300 fl.

c) an Cesselgeld und Erzeugungsentgeld für den im städtischen Methbräuhause erzeugten Meth . . . . . . 20,600 fl.

Zusammen 246,600 fl.

3. Zur Verpachtung wird Jedermann zugelassen, welcher nach den Landesgesetzen zu derlei Geschäften geeignet, und die bedungene Sicherheit zu leisten im Stande ist.

Für jeden Fall sind alle diejenigen sowohl von der Uebernahme als auch von der Fortsetzung der Pachtung ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt wurden, oder welche in eine Untersuchung wegen Verbrechen verfallen sind, die blos wegen Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurden.

Minderjährige Personen, dann contractbrüchige Gefällspächter werden zu der Licitation nicht zugelassen ebenso auch diejenigen nicht, welche wegen Schleichhandel oder einer schweren Gefällsübertretung in Untersuchung gezogen und entweder gestraft, oder aus Mangel der Beweise von dem Strafverfahren losgezählt wurden, und zwar: durch 6 auf den Zeitpunkt der Gefällsübertretung, oder wenn dieser nicht bekannt ist, der Entdeckung derselben folgenden Jahre.

4. Wer an der Versteigerung Theil nehmen will, hat vor Beginn der Versteigerung einen dem 10. Theile des Gesammtausrufspreises gleichkommenden Betrag im Baren oder in galizischen Pfandbriefen oder in öffentlichen Obligationen nach dem Courswerthe als vorläufige Caution (Vadium) zu Handen der Versteigerungscommission zu erlegen. Es ist auch gestattet, diese vorläufige Caution bei einer Gefälls-Casse zu erlegen, in welchem Falle die Quittung jener Casse, welche die vorläufige Caution in Empfang genommen hat, der Versteigerungs-Commission zu übergeben ist.

5. Die Genehmigung des Versteigerungsaktes steht dem k. k. Finanzministerium zu, und es wird sich ausdrücklich vorbehalten, die Pachtung auch ohne Rücksicht auf das erzielte Bestbot demjenigen Offerenten zuzuerkennen, welcher mit Rücksicht auf seine persönlichen oder sonstigen Verhältnisse als der Geeigneteste erscheint.

Für den Fall als ein ganz gleicher mündlicher oder schriftlicher Anbot vorkommen sollte, wird jedoch mit Festhaltung des oben bezeichneten Vorbehaltes dem mündlichen, unter zwei oder mehreren gleichen schriftlichen Anboten aber jenem der Vorzug gegeben, für welchen eine von der Licitations-Commission sogleich vorzunehmende Verlosung entscheidet.

6. Nach geschlossener Licitation wird kein nachträglicher Anbot mehr angenommen.

7. Bei schriftlichen Anboten ist außer dem hierüber bereits Gesagten noch folgendes zu beobachten.

a) Dieselben müssen bis zum Beginne der mündlichen Versteigerung, d. i. bis 9 Uhr Vormittags am 26. Jänner 1863 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Lemberg versiegelt überreicht werden, indem später eingelangte Offerte als nachträgliche Anbote angesehen, und nicht mehr berücksichtigt werden.

b) Die schriftlichen Anbote müssen das Object auf welches geboten wird, dann den Betrag, der angeboten wird, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Offerenten mit Vor- und Zunamen dann mit Beifügung des Charakters und Wohnortes zu bezeichnen.

c) Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert ausstellen, so haben sie in dem Offerte auszudrücken, daß sie sich zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle und Alle für Einen dem Aerar zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden.

Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen die Uebergabe des Pachtobjectes geschehen kann.

d) Diese Anbote dürfen durch keine den Licitationsbedingungen nicht entsprechende Klauseln beschränkt sein, vielmehr müssen dieselben die Versicherung enthalten, daß der Offerent diese Bedingungen genau befolgen will.

Von Außen müssen diese Eingaben als „Offerte" für die Lemberger Verz. Steuerpachtung bezeichnet sein.

Das Formulare eines Offertes folgt nach.

e) Die schriftlichen Offerte sind von dem Zeitpunkte der Einreichung für den Offerenten, für die Finanz-Verwaltung aber erst von dem Tage, an welchem die Annahme desselben dem Anbietenden bekannt gemacht worden ist, verbindlich.

8. Wer im Namen eines Andern einen Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisirten Vollmacht seines Machtgebers bei der Commission vor der Licitation ausweisen, und derselben die Vollmacht übergeben.

9. Die näheren Licitationsbedingnisse werden vor der Licitation vorgelesen, es können dieselben aber auch früher während den gewöhnlichen Amtsstunden bei der k. k. Finanz-Landes-Direction in Lemberg, Wien, Prag, Krakau und Brünn dann bei der Finanz-Bezirks-Direction in Lemberg und Czernowitz eingesehen werden.

Von der k. k. Finanzlandesdirection für Ostgalizien und die Bukowina.

Lemberg, am 31. Dezember 1862.

Oliva m. p.

Formulare
eines schriftlichen Offertes.

Ich Endesgefertigter biete für die mittelst Kundmachung vom 31. Dezember 1862 ausgeschriebene Pachtung der Verzehrungssteuer, der Gemeindezuschläge, und des städtischen Erzeugungsentgeltes in der Stadt Lemberg für die Zeit vom 1. März 1863 bis letzten Oktober 1866 den Jahrespachtschilling von . . . . fl. . . kr. öst. W. (mit Ziffern) d. i. . . . . Gulden . . . Nkr. öst. W. (mit Buchstaben) wobei ich erkläre, daß mir die Contractsbedingungen genau bekannt sind, und ich mich denselben unbedingt unterwerfe.

Als Vadium lege ich im Anschlusse den Betrag von . . . . fl. . . kr. d. i. (mit Buchstaben auszudrücken) bei, oder — lege ich nachstehende Staatspapiere im Betrage von . . . . fl. . . kr. d. i. (mit Buchstaben auszudrücken) oder — lege ich die Cassaquittung der k. k. etc. über das erlegte Vadium bei.

. . . ., am . .ten . . . . 1862.

Eigenhändige Unterschrift, Character und Aufenthaltsort.

Von Außen:

(nebst der Adresse an die Finanzbezirksdirection in Lemberg und Bezeichnung des Vadiums)

„Offert für die Lemberger Verzehrungssteuer-Verpachtung."

N. 925. v. **Concurs-Ausschreibung.** (31. 2 3)

Bei der k. k. Polizeidirection zu Krakau ist eine Conceptsadjunktenstelle II. Klasse mit dem Adjutum jährlicher Dreihundert und fünfzehn Gulden öst. W. in Erledigung gekommen. Zur Besetzung dieser Stelle wird hiemit der Concurs ausgeschrieben. Die Bewerber haben ihre dienstfälligen Gesuche unter Nachweisung des Alters, der vollendeten juridisch-politischen Studien, so wie der abgelegten theoretischen Staatsprüfungen dann der Kenntniß der Landessprache und der allfälligen bisherigen Verwendung unmittelbar bei der k. k. Polizeidirection zu Krakau oder falls sie bereits angestellt sind, durch ihre vorgesetzte Behörde bis letzten Februar l. J. einzubringen.

Von der k. k. Polizeidirection.

Krakau, 7. Jänner 1863.

Ogłoszenie konkursu.

W c. k. Dyrekcyi Policyi w Krakowie opróżniła się posada Adjunkta konceptowego klasy II. z adjutum rocznem w kwocie trzechset piętnastu złr. w. a. Dla obsadzenia téj posady rozpisuje się konkurs niniejszém. Kandydaci mają wnieść podania odnośne do dnia ostatniego Lutego r. b. do c. k. Dyrekcyi Policyi w Krakowie bezpośrednio lub przez swą władzę przełożoną, jeżeli już są na jakiéj posadzie. Wykazać mają kandydaci wiek swój, dowody ukończonych szkół i złożonych egzaminów prawno-politycznych, równie jak znajomość języka krajowego, nareszcie dotychczasowego zajęcia.

Z c. k. Dyrekcyi Policyi.

Kraków, dnia 7. Stycznia 1863.

Wiener Börse-Bericht

vom 10. Jänner

Öffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Öst. W. zu 5% für 100 fl.	69.—	69.20
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
vom Jänner — Juli .	81.90	82.—
vom April — October	82.—	82.20
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	75.25	75.40
dtto „ 4½% für 100 fl.	66.50	67.—
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	145.50	146.—
„ 1854 für 100 fl.	93.—	93.50
„ 1860 für 100 fl.	93.75	94.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.—	17.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl . . .	88.—	89.—
von Mähren zu 5% für 100 fl. . . .	87.50	88.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl. . . .	87.—	87.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl. . .	88.50	89.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	86.—	87.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	75.25	75.75
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. . .	74.—	74.50
von Kroatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	74.50	75.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	74.—	74.25
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl. .	72.75	73.25

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	820.—	822.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	226.30	225.50
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	650.—	652.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W. . .	1859.	1861.—
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	232.50	233.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM. . .	154.—	154.50
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM. .	130.75	131.25
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	—.—
der südl. Staats-lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr. . . .	273.—	274.—
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. .	220.—	220.50
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	429.—	431.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM. . .	234.—	236.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM. .	400.—	404.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	390.—	395.—

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank auf CMze: 6jährig zu 5% für 100 fl. . .	104.25	104.50
der Nationalbank auf CMze: 10jährig zu 5% für 100 fl. . .	100.—	100.50
der Nationalbank auf CMze: verlosbar zu 5% für 100 fl. . .	89.—	89.25
der Nationalbank auf östr. W.: 12monatlich zu 5% für 100 fl. .	—.—	—.—
der Nationalbank auf östr. W.: verlosbar zu 5% für 100 fl. .	85.15	85.30
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl. .	78.—	79.—

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	130.—	130.25
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM. .	96.50	97.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM. . . .	117.—	118.—
„ „ zu 50 fl. CM. . . .	50.—	51.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W. . . .	34.—	34.50
Esterhazy zu 40 fl. CMze	94.50	95.50
Salm zu 40 fl. „	39.—	39.50
Palffy zu 40 fl. „	37.50	38.—
Clary zu 40 fl. „	34.25	34.75
St. Genois zu 40 fl. „	37.—	37.50
Windischgrätz zu 20 fl. „	20.50	20.75
Waldstein zu 20 fl. „	21.75	22.25
Keglevich zu 10 fl. „	15.75	16.—

3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 4% .	97.—	97.10
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 3% .	97.—	97.25
Hamburg, für 100 M. B. 4%	86.25	86.25
London, für 10 Pf. Sterl. 3%	114.60	114.65
Paris, für 100 Franks 4%	45.50	45.50

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Durchschnitts-Cours fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.	Letzter Cours fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten .	5 46	5 49	5 47	5 48
„ vollw. Dukaten .	5 46	5 49	5 47	5 48
Krone	— —	— —	15 65	15 70
20 Frankstücke	9 15	— —	9 15	9 16
Russische Imperiale . . .	— —	— —	9 35	9 40
Silber	— —	— —	113 —	113 15

Intelligenzblatt.



K. k. privileg. galiz. Carl Ludwigs-Bahn.

(28. 3)

Kundmachung.

Die k. k. privilegirte galizische Carl Ludwigs-Bahn bringt hiemit zur allgemeinen Kenntniß, daß vom 15. Jänner 1863 angefangen, der zum allgemeinen Gebührentarife eingehenden 20% Agio-Zuschlag auf 10% herabgesetzt wird. Die Ausnahmen von diesem Zuschlage bleiben unverändert und die diesfälligen Berechnungstabellen sind auf allen Stationen zur Einsicht affigirt.

Wien, den 7. Jänner 1863.

Der Verwaltungsrath.

Kund-  machung.

(29. 3)

Vom 15. Jänner 1863 angefangen, wird die hierortige Station Ropczyce für den allgemeinen Frachtenverkehr eröffnet, was hiemit zur Kenntniß gebracht wird.

Wien, 30. Dezember 1862.

K. k. privileg. galiz. Carl Ludwigs-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes		Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe der Tage von	bis
11	2	330''' 50	+ 2°7	85	Ost	schwach	heiter mit Wolken		−2°1	+2°7
	10	30 18	− 0°5	88	Nord-Ost	still	trüb			
11	6	29 89	− 0°6	100	Nord	„	„			

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemysl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Granica** nach Szczakowa 6 Uhr 30 Min. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vorm. 2 Uhr 15 Min. Nachm.

von **Szczakowa** nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vorm. 2 Uhr 26 Min. Nachm., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von **Przemysl** nach Krakau 9 Uhr Morgens.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemysl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

in **Przemysl** von Krakau 4 Uha 43 Min. Nachm.

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Polnisches Theater

unter der Direction von Julius Pfeiffer.

Heute Montag 12. Januar 1863.

Letztes Violinconcert des H. M. Hauser.

Dazu:

Misanthrop und Topfstricker,

Lustspiel in 1. Act von J. Korzeniowski.

und:

Erst die Mama,

Lustspiel in 1. Act von J. Korzeniowski.

Druck und Verlag des **Karl Budweiser.**